Basel unter der Herrschaft der christlichen Obrigkeit

Autor(en): Adrian Staehelin

Quelle: Basler Jahrbuch

Jahr: 1958

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/662c6c0c-d045-48c9-bb57-f0736fbe9130>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Basel unter der Herrschaft der christlichen Obrigkeit

Von Adrian Staehelin

1. Die obrigkeitliche Sittenzucht

I.

«Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott eingesetzt» (Römerbrief 13, 1). Auf dieses Wort des Apostels Paulus gründeten die kirchlichen Reformatoren des 16. Jahrhunderts ihre These von der christlichen Obrigkeit. Die Aufgabe des Staates liegt nicht nur darin, das menschliche Zusammenleben zu ordnen. Vielmehr hat Gott den Staat eingesetzt und ihm Macht verliehen, damit dieser dem göttlichen Willen in der Welt Nachachtung verschaffe. Gott hat den Staat eingesetzt, um seinen Willen unter der Menschheit zu verwirklichen und sein Reich auf Erden zu errichten. Gott will das Gute mehren und das Böse vernichten; er verlangt von den Menschen einen frommen und reinen Lebenswandel. Darum soll der Staat danach trachten — so sagt etwa das Basler Glaubensbekenntnis von 1534¹ —, daß bei seinen Bürgern der Name Gottes geheiligt, sein Reich erweitert und seinem Willen durch radikale Vernichtung der Laster nachgelebt werde. Auch der Basler Jurist Bonifacius Amerbach spricht in einem Gutachten² (1545) von der Obrigkeit, «deren Gott, der Herr, das Schwert nach der Lehr Pauli (des Apostels Paulus) zu Schutz des Guten und Straf des Bösen gegeben». Hiefür beruft er sich nicht nur auf die Bibel, sondern auch auf das römische Recht (Digesten 1, 1, 1). Damit will nicht gesagt sein, daß die Staatslehre des Bonifacius Amerbach mit der reformierten Lehre von der christlichen Obrigkeit durchwegs übereinstimmt.

Nachdem die Reformation auch in Basel den Sieg errungen hatte, bekannte sich die Stadt Basel in der Reformationsordnung vom 1. April 1529 zum erstenmal als christliche Obrigkeit: «Es gibt die Geschrift (Bibel) Zügnüs, dass die Gewalt ein Dienerin Gottes zur Rache der Uebeltäter und zu Lobe der Wohltäter von Gott ingesetzt sye (sei). So nun Gott, unser himmelischer Vater, uns in solchen Dienst beruft, das Gut zu pflanzen und das Uebel zu strafen geboten hat, damit wir unsers Ampts treulich wahrnehmen, haben wir folgende Laster . . . verboten und uns einhelliglich entschlossen und vereinbart, die Uebertreter ohn alle Gnad ze strafen³.»

So gehört es zur wesentlichen Aufgabe der christlichen Obrigkeit, ihre Bürger zu einem frommen und sittlich reinen Lebenswandel anzuhalten. An sich muß jedes Staatswesen — auch das moderne — für Ruhe, Ordnung und Sittlichkeit eintreten, um den Bürgern ein erträgliches Zusammenleben zu ermöglichen. Man bezeichnet diese staatliche Aufgabe mit dem Begriff «Polizei». Wenn aber die christliche Obrigkeit das Laster bekämpft und die Sittlichkeit der Bürger zu heben versucht, so handelt sie in erster Linie nicht aus polizeilichen Gründen, sondern zur Verwirklichung des Willens Gottes. So erscheinen alle sittlichen Maßnahmen der christlichen Obrigkeit in einem doppelten Licht: Einerseits erfolgen sie aus Gründen der Polizei, andererseits dienen sie zur Erfüllung der von Gott dem Staat auferlegten Pflicht.

Bezeichnenderweise enthielt die Reformationsordnung vom 1. April 1529, mit der sich die Stadt Basel zum neuen Glauben bekannte, eine ganze Reihe von Sittenvorschriften. Diese Ordnung trug von Anfang an den Namen: «Reformationsordnung». Unter «Reformation» verstand man damals nicht wie heute die kirchliche Reformation, sondern die *reformatio morum*, d. h. die Erneuerung der Sitten. Eine Reformationsordnung war also nichts anderes als ein Sittenmandat. Darum konnte der Basler Rat schon im Jahre 1498 eine «Alte Reformationsordnung⁴», ein Sittenmandat mit eingehenden Bestimmungen gegen verschiedene Laster erlassen. Freilich, die Reformationsordnung von 1529 stellt mehr als eine gewöhnliche «Reformationsordnung» dar; sie enthält die Grundsätze des

neuen Glaubens und die Festlegung der neuen kirchlichen Organisation. Aber zu einem guten Teil erscheint sie als Sittenmandat, das manche Bestimmung wiederholt, die schon in vor-reformatorischen Mandaten enthalten ist.

Schon in der Alten Reformationsordnung und in früheren Mandaten finden wir ausführliche Bestimmungen gegen den Ehebruch und das Konkubinat, das öffentliche Zusammenwohnen Unverheirateter, ja sogar gegen den Geschlechtsverkehr zwischen Ledigen, die zwar nicht miteinander hausen, die aber durch ihre Zusammenkünfte Ärger erregen. Die Alte Reformationsordnung bedrohte den Ehebruch mit einer Strafe von 5 Pfund; Mitglieder des Rats erhielten die doppelte Strafe. Dieses Strafmaß fand unverändert Aufnahme in die Ordnung von 1529; nur wurde hier bei Rückfälligkeit die Strafe erhöht. Im 15. Jahrhundert setzte der Rat eine besondere Sittenbehörde, die «Drei über den Ehebruch» ein, welche die sittlich Verdächtigen zu warnen und die Fehlbaren zu mahnen hatte. Eigentliche Strafgewalt besaß sie kaum. Nach der Reformation waren es die «Drei Heimlichen», die in gleicher Weise als Aufsichtsorgan fungierten und sich insbesondere mit der Versöhnung entzweiter Ehegatten befaßten ⁵.

Schon die Alte Reformationsordnung bekämpfte das Zutrinken, da man sich durch diese Sitte häufig bis zur Besinnungslosigkeit gegenseitig zur Völlerei anspornte. Ebenso wandte sich auch die Reformationsordnung von 1529 gegen diese Unsitte, wo man sich mit «Düten, Treten, Winken oder wie es die Herzen der Menschen erdenken» zum Trinken anfeuerte. Eine erhöhte Strafe wurde festgesetzt für den Fall, daß einer so «gefüllt» wurde, «dass er, von dem Win bestoubt, siner Vernunft ungeschickt würde, oder, mit Züchten gesagt, oben ussbreche» (erbrechen müsse). Bereits die Alte Reformationsordnung warnte vor dem Fluchen und Gotteslästern. Ähnliche Bestimmungen finden sich in der Ordnung von 1529. Wenn diese das Schwören «by Gottes Allmächtigkeit, Barmherzigkeit, Krankheit, Tauf, Sakrament, Marter, Lyden (Leiden), Wunden» bestrafte, so fand sich das Gegenstück der Alten Reformationsordnung im Verbot, zu schwören «by Gottes Gelydern (Gliedern), als da sind Houpt, Hirn, Fleisch, Buch (Bauch),

Blut, Kraft, Macht, Wunden, Schweiß und der glich Worten, dadurch Gott bestimpt wird». Schon die Alte Reformationsordnung und frühere Mandate enthielten ausführliche Bestimmungen über die Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen und über die Öffnungszeiten der Wirtshäuser. In einem Mandat von 1534⁶ wurde die Polizeistunde im Sommer auf 11 Uhr und im Winter auf 10 Uhr abends festgesetzt. Das war keine strenge Regelung, wenn wir daran denken, daß der ganze Tagesablauf sich damals gegenüber heute um eine bis zwei Stunden früher vollzog. Um das Tageslicht voll auszunützen — die künstliche Beleuchtung war teuer und ungenügend —, erhob man sich zeitig und aß bereits um 11 Uhr zu Mittag, wie dies noch heute auf dem Lande Brauch ist.

Wie schon frühere Mandate, wandte sich auch die Ordnung von 1529 gegen gewisse Unsitten in der Kleidung, z. B. gegen die «zerhauenen Hosen». Das waren, wie uns Peter Ochs⁷ berichtet, «nicht nur zerrissene Hosen, sondern auch Beinkleider ohne Knöpfe noch Hosenlätze; und da Hemder damals etwas Seltenes waren, so mußte jede mutwillige oder ungeschickte Bewegung die Schamhaftigkeit der Anwesenden gröblich verletzen».

So stellte die Reformationsordnung von 1529 zu einem guten Teil nur eine Wiederholung und Weiterführung dessen dar, was schon in früheren Ratserlassen zum Ausdruck gekommen war. Soweit sie als Polizeiordnung zur Wahrung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sittlichkeit erschien, bedeutete sie nichts Neues; denn schon vor der kirchlichen Reformation mußte der Rat (soweit er hiezu gegenüber dem Bischof als Stadtherrn überhaupt die nötige Autonomie besaß) aus polizeilichen Gründen alle möglichen Laster bekämpfen. Das grundsätzlich Neue der Reformationsordnung von 1529 lag darin, daß hinter ihr die christliche Obrigkeit mit ihrem sittlichen Anliegen stand.

Wenn diese Obrigkeit gegen die Unsitten ankämpfte, so handelte sie dabei nicht nur aus polizeilichen Gründen; sondern sie bemühte sich als «Dienerin Gottes», den göttlichen Willen auf Erden zu verwirklichen. Das vorreformatorische Gemeinwesen konnte sich etwa damit begnügen, die Dirnen

aus der Stadt in die Vorstädte zu verweisen. Dort mochten sie für sich allein oder in Frauenhäusern, wie sie auf der Lyß, auf dem Kohlenberg und in der Malzgasse anzutreffen waren, ihr Gewerbe betreiben⁸. Das reformierte Basel schaffte hingegen das Bordellwesen gänzlich ab. Jetzt wurde auch das Fortbleiben vom sonntäglichen Gottesdienst «ohn redliche Ursachen» nicht mehr geduldet. Kegeln, Karten- und Würfelspiele sollen Sonntags nur zwischen ein und vier Uhr nachmittags erlaubt sein. Überhaupt durfte nur noch höchstens um einen Rappen gespielt werden. 1532 erließ der Rat ein allgemeines Tanzverbot mit der Begründung, «dass durch die Uppigkeit des Tanzens die göttliche Majestet hoch erzürnt, und so aber in dieser gemeinen Trübsal und Tyranny, deren sich der türkisch Wüterich wider viel frommer Christen grusamlich übt, Gott billich umb Gnad angeruft und die Laster abgestellt werden sollen . . .⁹». Nur an Hochzeiten blieb das Tanzen erlaubt.

Aber die Darstellung der obrigkeitlichen Sittenzucht gibt nur ein unvollständiges Bild vom Kampf des reformierten Basel gegen die Sittenlosigkeit wieder. Denn neben der Obrigkeit bemühte sich noch eine andere Macht um die Sittenzucht: die Kirche. Die Errichtung der christlichen Obrigkeit hatte zur Folge, daß das Verhältnis zwischen Staat und Kirche neu geordnet werden mußte. Im Mittelalter stehen Kirche und Staat als zwei getrennte Gewalten nebeneinander, die beide ihre Herrschaftsbefugnisse von Gott erhalten haben. Nach reformierter Anschauung stellt die Kirche nur die Gemeinschaft der Gläubigen dar; sie besitzt aber keine eigene Herrschaftsbefugnis. Das hatte zur Folge, daß das reformierte Staatswesen die ganze äußere Organisation der Kirche übernahm. Die Kirche wurde gleichsam in den Staat verwoben; dieser Staat betrachtete sich aber als von Gott eingesetzt und dem göttlichen Willen unterworfen.

In Basel jedoch war der Kirche eine gewisse Selbständigkeit geblieben. Dies hatte seinen Grund in der Haltung des Basler Reformators Oekolampad. Er wandte sich gegen das gänzliche Aufgehen der Kirche im staatlichen Machtbereich. Nach seiner Auffassung soll die Kirche eigene Gewalt haben.

Ausdruck dieser Machtbefugnis wurde der Kirchenbann. Eine besondere kirchliche Behörde wachte darüber, daß die Gläubigen ein Gott wohlgefälliges Leben führten, und bestrafte die eines Christen unwürdigen Vergehen mit dem Kirchenbann, das heißt, mit dem Ausschluß vom Abendmahl. Für das bürgerliche Leben sollte der Kirchenbann keine Folgen haben.

In Wirklichkeit vermochte Oekolampad seine Idee nur unvollkommen zu verwirklichen. Denn kaum war der Kirchenbann als unabhängige kirchliche Institution eingesetzt worden, gelang es der Obrigkeit nach dem Tod Oekolampads Schritt für Schritt, ihn ihrer Kontrolle zu unterstellen. So hatte die christliche Obrigkeit neben ihrer eigenen Zwangsgewalt mit dem Kirchenbann noch ein indirektes Mittel zur Reinhaltung der Sitten in Händen.

II.

Es wäre verfehlt, zu glauben, daß die mit der Reformation verkündete Idee von der christlichen Obrigkeit sich von einem Tag auf den andern durchzusetzen vermocht hätte. Wohl schien im Jahre 1529 das reformierte Denken den Sieg errungen zu haben; aber bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts blieb es nicht die allein herrschende Kraft. Die offizielle kirchliche Richtung fand nicht in allen Kreisen der Basler Bürgerschaft den nötigen Widerhall. Noch behaupteten sich einzelne Anhänger des alten katholischen Glaubens, besonders im Kleinbasel¹⁰. Ein sicher nicht geringer Teil der Bürgerschaft stand überhaupt den Glaubenskämpfen lau gegenüber. Daß die neue kirchliche Richtung gesiegt hatte, ließ sie gleichgültig. Wie aber das Staatswesen als christliche Obrigkeit in Erscheinung trat und durch rigorose Maßnahmen das Leben des einzelnen zu bessern versuchte, da erwachte in manchem Bürger ein gewisser Widerstand. Er fühlte seine hergebrachte Lebensweise durch die obrigkeitliche Sittenzucht bedroht und verzichtete nur ungern auf die gewohnten Freuden und Genüsse des Lebens. Endlich fand sich in der geistig führenden Schicht mancher Vertreter des Humanismus, der sich der strengen reformierten Richtung nicht unterwerfen wollte. Erasmus hatte zwar 1529 Basel den Rücken gekehrt, weilte aber seit 1535

wieder in Basel. Der große Jurist Amerbach weigerte sich während vier Jahren aus Gewissensgründen, zum Abendmahl zu gehen. Das immer wieder gepriesene milde Klima der Stadt, ihr reges geistiges Leben und vor allem das Buchdruckergerwebe mit seinen Arbeits- und Publikationsmöglichkeiten verlockte viele der als Häretiker aus Italien vertriebenen Humanisten, sich in Basel niederzulassen. Bis in die siebziger Jahre des 16. Jahrhunderts beherbergte Basel immer wieder Gelehrte der humanistischen Richtung wie den Piemonteser Curione und Castellio, den Gegner Calvins, in seinen Mauern.

So stand der christlichen Obrigkeit und ihrer Sittenzucht eine stille, aber zähe Gegnerschaft gegenüber. Davon zeugt der fortwährende Kampf der reformierten Geistlichkeit um die Erhaltung der Sittenzucht. Die Pfarrherren waren die treibende Kraft, welche von der Obrigkeit immer wieder die Erfüllung ihrer göttlichen Aufgabe verlangte. Sie bildeten den Mittelpunkt, von dem aus die zahlreichen Vorstöße für eine strengere Überwachung der Sitten hervorgingen. Zahlreiche Sittenmandate wurden vom Rat auf Betreiben der Pfarrsynode erlassen. An den Pfarrsynoden ertönten immer wieder Klagen über das unsittliche Treiben der Bevölkerung. «Man ist uppi-ger dann nie (je), man tanzt, sufft, spielt etc.», stellte die Pfarrsynode 1532 fest¹¹. Im selben Jahre wurde geklagt, daß «man am Sonntag oder Fyrtag nit am Morgen zu dem Gottswort geht, sonder allenthalben uf den Kornmarkt, Rhinbruck und Sant Petersplatz und uf der Pfalz und in der Schal (Fleischhalle) spazieret¹²». Noch schlimmer ertönt es 1539 von seiten der Geistlichkeit: «Der Sabbath wird noch immer mit Karren und Fahren, mit Uebung des schandlichen Monopoly und Fürkaufs (Aufkaufen der Ware durch Spekulanten) hin und wider auf den Dörferen, mit unordenlichen Zechen auf den Zünften und auf der Schützenmatten, mit Versaumnis der Predigten, mit Gassen-Laufen, mit Spielen und anderen Ueppigkeiten entheiligt. Wenn man anhebt zu singen, laufen die Leut zur Kirchen hinaus, spazieren und schwätzen lieber auf dem Münsterplatz und anderen Orten . . . Die Hurerei und Ehebruch nimbt nicht ab, sondern zu und wird von Tag zu Tag zunehmen . . . Die Nachhochzeiten (die das Hochzeitsfest ab-

schließenden, oft mehrere Tage dauernden Festlichkeiten) aber und andere Ungebeure (ungebührende Sachen) mit langem Sitzen, übermäßigem Gesundheit-Trinken, Johlen, Schreien, nächtlichem Gassen-Laufen gehen einen weg (trotzdem) für als den andern, wie dann vor Nächten von dem Bäumlin an bis zum Luft von bösen Buben ein erschrockliches, teuflisch Geschrei ist verführet worden¹³.»

Manches vermochte die Geistlichkeit durchzusetzen. Während das Bordell in der Malzgasse 1526 bei der Explosion des Pulverturms zerstört wurde, konnte sich das Frauenhaus auf der Lyß über die Reformation hinaus erhalten. Als dessen Vorsteher, der «Frauenwirt», 1532 ermordet wurde, erhob die Geistlichkeit ihre mahnende Stimme gegen diesen Hort der Unsittlichkeit und setzte die Abschaffung des Bordells durch, wenn auch gegen mancherlei Widerstände. Aus den Handwerkerkreisen wurde z. B. der Einwand laut, das Bordell sei ein wichtiger Anziehungspunkt für die Handwerksgesellen. Wenn es abgeschafft würde, so hätte man bald Mangel an Arbeitskräften¹⁴. Ärgernis erregten auch die «Kilchwychen», die Kirchweihen, die sonntags in den umliegenden Dörfern mit allerlei Lustbarkeiten stattzufinden pflegten. Natürlich benützten immer zahlreiche Basler diese Gelegenheit, dem strengen Regiment der christlichen Obrigkeit für eine Weile zu entgehen. Der Rat stellte darum mißbilligend fest, daß «uff die Kilchwychenen in und usserthab der Stadt Basel Gebiet die Burger, Wib- und Mannspersonen mit ganzen Scharen gloffen, daselb me (mehr), dann die Notdurft erforderet, gezehrt und gefüllt» haben, und verbot 1533 den weiteren Besuch von Kirchweihen¹⁵. Allerdings schien sich das Verbot nicht halten zu können; denn der Chronist Wurstysen berichtet über eine «züchtige und ehrbare» Kirchweih, die 1540 zu Liestal über 1000 Basler angelockt hatte. Im Jahre 1546 untersagte der Rat neuerdings die Teilnahme an Kirchweihen¹⁶, aber ohne Erfolg. Das Übel an der Wurzel zu erfassen und die Kirchweihen selber abzuschaffen, einer solchen Maßnahme widersetzte sich die ländliche Bevölkerung aufs hartnäckigste. 1557 stellte die Synode das Begehren, «dass die Kirchwychenen, by denen der Sathan so viel Übels an Seel, Lib und Gut verursacht, mit

Ernst und Fliss auch abgeschaffet werden ¹⁷». Erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erreichte es die Obrigkeit, daß die Kirchweihen aus dem Land verschwanden ¹⁸.

Auch andere Forderungen gelang es der Geistlichkeit erst nach jahrzehntelangen Bemühungen durchzusetzen. Dazu gehörte etwa das Verbot des Tanzens. «In Italia findet man Schulen, darinnen man lernt tanzen. Welcher unter uns, so er das hört, empfaht nit Grusen dorvon?» In dieser Weise sprachen sich die Pfarrherren über das Tanzen aus ¹⁹. Dementsprechend untersagte 1532 der Rat das Tanzen; aber an Hochzeiten blieb es weiterhin erlaubt ²⁰. Als auch die Pfarrherren auf der Landschaft sich darüber beklagten, daß «by dem pürischen Volch, das sunst weder Zucht noch Mass weisst», das Tanzen gleich zum Exzeß führe ²¹, ließ der Rat das Tanzverbot auch auf der Landschaft verkünden ²². 1557 forderte die Synode, «dass die Reigen-Tänz und uppige Lieder nit geduldet werden sollen». Der Rat gab ihr aber zur Antwort, «dass man allein die schamperen Lieder und das Singen umb das Kränzlin abstellen . . ., aber wo die Reigentänz mit Zucht und Ehren gehalten, und keine schamperen Lieder gesungen wurden, die selben solle man nit abstellen ²³». Das «Singen um das Kränzlein» war ein Gesellschaftsspiel, mit dem sich die jungen Leute bei abendlichen Zusammenkünften belustigten. Die Mädchen flochten einen Kranz und ließen die Jünglinge bei einem Wechselgesang mit verschiedenen Rätselfragen darum singen. Der Sieger erhielt den Kranz aufgesetzt ²⁴. Auch was das Spielen anbetraf, nahm der Rat gegenüber der Synode eine gemäßigte Haltung ein: «Man wollte ouch ehrliche Spiel, die öffentlich uf den Zunften allein umb Kurzwil geschechen, nit abstellen; aber die Winkel- und die Spiel, so uber die Zit durch die Nacht uff den Zunften oder Gesellschaften umb Gwinns willen geschechen», wolle man nicht dulden ²⁵.

Die Hurerei zwischen Ledigen war bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts nur mit einer Geldstrafe bedroht. Als die Synode zur Diskussion stellte, ob dieses Vergehen nicht weitere Strafe erfordere, entgegnete der Rat, er wolle es beim bisherigen Zustand bewenden lassen ²⁶.

Auf der Landschaft war den Verfechtern einer strengen

Sittenzucht nur ein geringer Erfolg beschieden. Immer wieder ertönten Klagen darüber, wie mangelhaft der Kirchenbann auf der Landschaft funktionierte²⁷. Auf dem Land hing eben das Volk beharrlich an der hergebrachten Lebensweise und pochte auf die überlieferten Formen der Geselligkeit. Die städtische Bevölkerung lebte weniger traditionsgebunden und ließ sich von den jeweils vorherrschenden geistigen Strömungen leichter mitreißen. Dazu kommt, daß sich in der Stadt mehr Mittel boten, auf die Bürger einzuwirken und ihr Leben und Treiben zu überwachen. In den engen städtischen Verhältnissen erfuhr die Obrigkeit leichter, was sich Ungehöriges zugetragen hatte, und vermochte wirkungsvoller dagegen einzuschreiten. Auf dem Land ließ sich das Netz der sittlichen Überwachung nicht so straff spannen. Die weiten räumlichen Verhältnisse erschwerten eine wirksame Kontrolle. In den Dörfern befand sich als einziger Vertreter der Obrigkeit meistens nur der Pfarrer, der ja keine Zwangsgewalt besaß. So lebte das Volk auf dem Land relativ ungestört, wie es seit jeher zu leben gewohnt war.

So sehen wir, wie das reformierte Gemeinwesen Basel offiziell unter dem Regiment der christlichen Obrigkeit stand, und wie vor allem die Geistlichkeit darauf hinzielte, daß sich diese christliche Obrigkeit in Erfüllung ihres göttlichen Auftrages für die Ausmerzung aller Laster und Unsittlichkeit einsetzte. Wir sehen aber auch, wie die Obrigkeit bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts dem mahnenden Ruf der Anhänger einer strengen Sittenzucht nicht immer Folge leistete, wie sie im Gegenteil manches duldete, was eine wahre christliche Obrigkeit verabscheuen mußte. Das reformierte Basel stellte sich nur zum Teil als christliche Obrigkeit dar.

Als Montaigne 1580 für einige Tage in Basel weilte, beklagten sich mehrere Leute bei ihm über die Liederlichkeit der Frauen und Völlerei der Einwohner («de la dissolution des fames et yvrogerie des habitans²⁸»). Unter diesen Leuten befand sich wohl auch der französische Jurist Hottman, ein überzeugter Anhänger Calvins, der zu jener Zeit in Basel wirkte. Jedenfalls trafen sich damals die beiden Gelehrten. Von Hottman wissen wir, daß er aufs schärfste die in Basel herrschende

Sittenlosigkeit verdammt²⁹. Als Calvinist trat er vor allem für eine strenge Handhabung der im Kirchenbann verkörperten *kirchlichen* Sittenzucht ein. Dem damaligen Antistes Simon Sulzer warf er eine ganz haltlose und träge Gleichgültigkeit in der Kirchenzucht vor. Begreiflicherweise mißfiel dem strengen Calvinisten der Kirchenbann, wie er in Basel gehandhabt wurde. Hier bedeutete der Kirchenbann — im Gegensatz zu Genf — eben nicht den reinen Ausdruck einer selbständigen, mit äußerer Macht ausgestatteten Kirche; er unterstand vielmehr der Kontrolle durch die Obrigkeit, und solange diese nicht durch und durch christliche Obrigkeit war, so lange drohte der Kirchenbann anstatt eines in christlicher Verantwortung ausgeübten Zuchtmittels zu einer politisch-bürgerlichen Strafe herabzusinken³⁰. Dabei mag noch hinzukommen, daß der Lutheraner Sulzer, unter dessen Antistitium 1553 bis 1585 die Basler Kirche eine lutherische Richtung eingeschlagen hatte, einer strengen Sittenzucht wohl überhaupt nicht so großes Gewicht beimaß. Bei Luther stellt sich das Reich Gottes als ein innerliches Reich dar, das nicht durch äußeren Zwang, sondern durch Gottes Wort von innen heraus unter der Menschheit errichtet wird³¹. Im Lutheranertum kommt darum der Sittenzucht nicht die ausschlaggebende Bedeutung zu, den ihr die Schweizer Reformatoren — sowohl Zwingli wie Calvin — gaben.

III.

Mit der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert macht sich Schritt für Schritt eine Verschärfung der obrigkeitlichen Sittenzucht bemerkbar. Bereits 1565 wurde jegliches Tanzen, auch an Hochzeiten, verboten³². Das Verbot wurde später vorübergehend wieder gelockert, zum letztenmal im Jahre 1592, wo ein Mandat vom 12. Februar wenigstens in privaten Räumen das Tanzen zuließ³³. Aber bereits am 9. Dezember desselben Jahres wurde diese Erleichterung neuerdings widerrufen und das Tanzen generell verboten³⁴. Während der Rat noch 1557 dem Bestreben der Geistlichkeit auf Verbot der Reigentänze widerstand³⁵, gab er bereits 1561 — wenigstens vorüber-

gehend — nach ³⁶. Das obrigkeitliche Ehegericht bestrafte anfänglich Hurerei zwischen Ledigen nur dann, wenn es mit den Betreffenden in einem hängigen Eherechtsprozeß ohnehin zu tun hatte, z. B. wenn ein Mädchen, das mit einem Jüngling geschlechtlich verkehrt hatte, diesen vor Ehegericht zog mit der Behauptung, sie hätten sich die Ehe versprochen, und sich diese Behauptung vor Gericht als unwahr herausstellte. Seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts trat das Ehegericht immer mehr als reines Sittengericht auf. Es zitierte von sich aus die verdächtigen Ledigen und klagte sie wegen Hurerei an. So klagte im Jahre 1606 der sogenannte Gerichtsknecht, der die Funktion des öffentlichen Anklägers, vergleichbar dem heutigen Staatsanwalt, versah, den Hans Heyer an, weil er in Biel intime Beziehungen mit einer Dienstmagd gepflogen habe. Das Ehegericht verurteilte ihn zu 2 Tagen Gefangenschaft und 20 Pfund Buße ³⁷. Das war die bis ins erste Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts übliche Strafe. Bald darauf wurde das Strafmaß für Hurerei zwischen Ledigen auf 8 Tage Gefängnis bei Wasser und Brot erhöht; Rückfälligkeit wurde sogar mit Pranger, Rutenschlägen und Stadtverweisung geahndet ³⁸. Als strafbare Hurerei galt aber nur der Geschlechtsverkehr, nicht jedes unziemliche Verhalten zwischen Ledigen. 1644 mußten sich Verena Treyerin und Hans Hersperger wegen angeblicher Hurerei vor dem Ehegericht verantworten. Verena Treyerin gab jedoch nur zu, Hans Hersperger «habe sie an der blossen Brust angerührt und neben ihr gesessen, aber kein Unzucht mit ihr trieben». Das Gericht sprach Hans Hersperger frei mit der Begründung: «Weilen er durch sein Geilen sich ziemlich verdächtig gemacht, hätte man gnugsam Ursach gehabt, ihn zu betürnen (in den Turm zu legen), doch wölle man's diesmal unterlassen, mit dem Anhang, dass er seine Kosten an ihm selber habe (daß er die durch das Gerichtsverfahren entstandenen Kosten selber tragen müsse) ³⁹.»

Ähnlich verhielt es sich mit der Bestrafung des Ehebruchs. Wer sich dieses Vergehens schuldig machte, dem auferlegte die Reformationsordnung von 1529 in Anlehnung an vorreformatorische Mandate nur eine Buße. Erst bei wiederholtem Ehebruch kam noch eine Freiheitsstrafe hinzu. Diese relativ milde

Bestimmung mußte früher oder später bei den Anhängern einer strengen Sittenzucht Mißfallen erregen. 1592 bemerkten die beiden damals im Ehegericht sitzenden Pfarrherren * in einem Bericht über die Revision der Ehegerichtsordnung: «Die Geldstraf der fünf Pf. für den ersten Ehebruch belangend, diewil gar viel auch anderswo hievon geredt wird, und dies vielleicht nit die geringste Ursach sein möchte, dass sich viel mehr, dann gut, in diesem Laster vergriffend: Ob diese schwere Sünd, mit welcher Stadt und Landschaft schwerlich belästiget wird, und Gottes gerechten Zorn und Straf erleiden muß, durch vielerlei Beschwerden nit möchte strenger gestraft werden mit harter Leibstraf und sonst mit nota publica ignominia (öffentlicher Brandmarkung)?⁴⁰» Dem Vorstoß der beiden Pfarrherren war bald Erfolg beschieden; denn im Jahre darauf erließ der Rat ein Mandat, das ganz allgemein Geldbuße, Türmung und Stadtverweisung als mögliche Strafe für Ehebruch erklärte. Dementsprechend bedrohte die große Reformationsordnung von 1637 schon den ersten Ehebruch mit einer Buße von 50 Pf. und 10 Tage Gefangenschaft, die der Mann «in des Wasserturns Boden», die Frau im «Hexenkäfig» abzusitzen hatten⁴¹.

Diese wenigen Beispiele zeigen uns, wie sich mit der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert die obrigkeitliche Sittenzucht allmählich verschärfte. Worin liegt nun der Grund dieser Entwicklung? Die strenge sittliche Auffassung, die sich seit Ende des 16. Jahrhunderts in den obrigkeitlichen Mandaten immer stärker bemerkbar macht, war nichts anderes als ein Ausfluß der Idee von der christlichen Obrigkeit, wie sie in der kirchlichen Reformation entwickelt wurde. Die Obrigkeit soll als Dienerin Gottes das Laster ausrotten und dadurch mithelfen an der Errichtung des Reiches Gottes. Was die reformierten Kreise, vor allem die Geistlichkeit, seit dem kirchlichen Umbruch von 1529 angestrebt hatten, das fand nun zu Beginn des 17. Jahrhunderts seine weitgehende Verwirklichung. Der verschärfte Kampf gegen die Sittenzucht beruht also nicht

* Das nach der Reformation 1529 errichtete städtische Ehegericht umfaßte 7 Mitglieder, nämlich 3 Richter aus dem Kleinen Rat, 2 Richter aus dem Großen Rat und 2 Pfarrherren.

auf dem plötzlichen Eindringen neuartigen Gedankengutes, sondern auf dem Sieg der Idee von der christlichen Obrigkeit.

Diesem Sieg liegen mehrere Ursachen zugrunde. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts zeichnete sich im geistigen Leben Basels eine Abkehr von der humanistischen Tradition ab. Das läßt sich etwa an Hand des Buchdruckes nachweisen⁴². Mit dem Ende des humanistischen Zeitalters verschwand eine gewichtige Opposition gegen die Anhänger einer strengen Sittenzucht. Nachdem Antistes Simon Sulzer während seiner Amtsdauer 1553—1585 die Basler Kirche zum lutherischen Glauben zu führen versuchte — er ließ z. B. in den Kirchen wieder die Orgel spielen —, trat 1586 mit dem Antistitium von Johann Jacob Grynäus eine entscheidende Wendung ein. Grynäus gelang es, die Basler Kirche der calvinistischen Lehre unterzuordnen. Das heißt nicht, daß nun Basel eine rein calvinistische Stadt wurde. Basel wurde nicht zum Abbild Genfs, wo Calvin seinen Gottesstaat errichtet hatte. Nicht der reine calvinistische Glaube, sondern eine calvinistisch-orthodoxe Lehre eigener Prägung beherrschte fortan das kirchliche Leben Basels. Das zeigt sich schon in der untergeordneten Stellung, die der Kirchenbann in Basel gegenüber der Obrigkeit zugewiesen erhielt.

Freilich, es brauchte einen Johann Jacob Grynäus, der sich aus calvinistischer Überzeugung mit bewundernswerter Tatkraft und Entschlossenheit für die *reformatio morum*, die Erneuerung des sittlichen Lebens, einsetzte, um der aus der Reformation entstandenen Idee von der christlichen Obrigkeit zum Sieg zu verhelfen. Die Idee von der christlichen Obrigkeit hatte sich in der Reformation entwickelt, aber ihre Verwirklichung erfolgte zu einem guten Teil erst mit der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert, und zwar dank dem Eindringen der strengen calvinistischen Lehre.

IV.

So schien die christliche Obrigkeit seit ihrer Befestigung durch Johann Jacob Grynäus das ganze 17. Jahrhundert hindurch ihr Regiment unangefochten auszuüben. Und doch wurde

sie immer wieder von zwei Seiten her bedroht. Zum einen bestand die dauernde Gefahr, daß die christliche Obrigkeit sich ihres christlichen Charakters entkleidete, und daß in dieser eigenartigen Verbindung von Staat und Kirche das rein staatliche Denken die Übermacht gewann. Das in Basel herrschende Staatskirchentum war durch die Vormacht des Staates gekennzeichnet und deshalb der latenten Gefahr ausgesetzt, daß die staatliche Machtfülle auf Kosten des christlichen Geistes anwuchs. Von der christlichen Obrigkeit zur absolutistischen Obrigkeit ist nur ein kleiner Schritt. Mit den lautersten Bemühungen um die Verwirklichung des Willens Gottes konnten sich unmerklich politische Machtgelüste verbinden. Wo aber die Obrigkeit nicht mehr aus christlicher Verantwortung handelt, da verliert auch die Sittenzucht ihre Aufgabe, dem Willen Gottes zum Sieg zu verhelfen. Eine verweltlichte Obrigkeit bekämpft die Sittenlosigkeit nur noch aus polizeilichen Gründen, zu gemeinem Wohl und Nutzen.

So drohte die von der Obrigkeit ausgeübte Sittenzucht immer wieder zu einem polizeilichen Hilfsmittel hinabzusinken. Das läßt sich z. B. aus der großen Reformationsordnung von 1637 ersehen. Unter die auszumerzenden Laster zählt sie auch den Müßiggang. Faulenzer dürften fortan nicht mehr geduldet werden; sondern es soll «ein jeder, dem Gott, der Allmächtige, Stärke des Leibs, auch gerade Hände und Füße gegeben hat, zu gebührender Arbeit» gehalten werden. Im selben Artikel wird auch gegen die Verschwender vorgegangen, die «ihr selbseigene und der Ihren Wohlfahrt unbetrachtet (ohne an ihr eigenes Wohl oder an das Wohl ihrer Angehörigen zu denken), in Wirtshäusern und sonst in Winkeln mit leichtfertiger Verprassung des ihren sich in Saus und den Schlamm ergeben, eine Wiesen, Garten oder Acker nach dem anderen durch die Gurgel jagen, dadurch sie nicht allein ihre Ungeld, Zinse und was man ihnen aufgeborgt desto minder zu bezahlen vermögen, sonder auch ihre Weib, Kinder und Gesinde daheimen in Mangel setzen, sie letztlich uns an das Almosen (Armenhaus) oder Bettelstab bringen und weisen, oder sonst in zutragenden Fehljahren uns umb Steuer und Fürleihung immer überlaufen . . . ⁴³». Hier stehen rein polizeiliche Erwä-

gungen im Vordergrund: Faulenzen und Verschwendung dürfen von Staats wegen nicht geduldet werden; denn wer sein Vermögen verpraßt und nichts arbeitet, der fügt dem Staat doppelten finanziellen Schaden zu; er entzieht dem Gemeinwesen nicht nur die ihm gebührenden Steuern (Ungeld, Zinse), sondern fällt auch samt seinen Angehörigen der öffentlichen Fürsorge zur Last.

Die Verweltlichung der Sittenzucht, das Überwiegen rein polizeilicher Erwägungen, darin zeigt sich die Gefahr, die der christlichen Obrigkeit von innen her drohte. Aber auch von außen her sah sich die christliche Obrigkeit bedrängt. Das Volk war sicherlich vom christlichen Glauben durchdrungen; und doch stieß die Obrigkeit mit ihren sittlichen Bestrebungen immer wieder auf Mißachtung. Die ständigen Klagen über Sausen, Prassen, Nachtlärm, Fluchen, Sonntagsentheiligung, Hurerei, Ehebruch und andere Zuchtlosigkeiten und die unzähligen Sittenerlasse reden eine deutliche Sprache. Ein kurzer Blick auf einige Mandate mag genügen: «. . . sollen die unzüchtige Weiber und offne Luntzen * (Huren), Ärgernus und Unzucht zu vermeiden, nit nur aus den Wirtshäusern, sondern auch ab den Strassen hin- und weggeschaffet werden» (1619)⁴⁴. Verboten «alles gottslästerliche Fluchen und Schweren, desgleichen unflätige viehische Füllerei und Ueberweinen . . . sampt ubrigen leichtfertigen und üppigen Lasteren, auch Gassatum-Gehen (sich nachts auf den Gassen umhertreiben), Schreien, Singen und Johlen zu nachts auf den Gassen . . ., alles Gewühl, unzüchtig Tösen, Spielen, Singen, Jauchzen und schöder Liedern Geplär in Würts-, Wein-, Kochs- und anderen Häusern» (1634)⁴⁵. «Demnach die Laster der Hurerei, Ehebrecherei und allerlei Bubereien bei diesen armseligen, traurigen Zeiten je länger je mehr überhand nehmen . . ., . . . alldieweil auch bei diesen letzten bösen Zeiten der Ehebruch bei gar vielen bald für keine Sünd mehr gehalten und geachtet werden will . . ., . . . und nachdem auch bei diesen Zeiten sich (leider) wahr sein befindet, was Christus, der Herr, von den letzten Zeiten geweißaget, dass die Liebe in den Herzen der Men-

* Luntze = Schimpfname für Frauensperson, die gern lange im Bett bleibt (Schweizerisches Idiotikon III. Spalte 1347).

schen erkalten, und dass die Leute allerhand Betrug, Ungerechtigkeit und Schindereien aneinanderen treiben werden . . . » (1637) ⁴⁶.

Immerhin müssen wir bei der Bewertung dieser Schilderungen die barocken Übertreibungen jener Zeit berücksichtigen. Der barocke Geist begnügt sich nicht damit, die nüchterne Wirklichkeit zu beschreiben, sondern er erweitert die festgestellten Übel zu einer drastischen Darstellung vom irdischen Jammertal und von der Verwerflichkeit des Menschen und stellt ihr den himmlischen Glanz der Herrschaft Christi gegenüber. Der barocke Mensch ist bereit, die häufig wiederkehrenden Katastrophen wie Pest, Hungersnöte, Türkenfälle als Zeichen des göttlichen Zorns über die sündliche Menschheit aufzufassen. Diese göttlichen Warnungszeichen rief die Obrigkeit ihren Bürgern bei jeder Gelegenheit in Erinnerung und ermahnte sie zur Buße und zur Abkehr von allen irdischen Lustbarkeiten. Bei vielen Sittenerlassen schwingt diese Grundstimmung mit. Das spüren wir schon im folgenden Ratserslaß gegen das Tanzen (1592): «Wann dann wir auch unter anderem gesehen, daß aus Zulassung des Tanzes viel Unzucht, Leichtfertigkeit und Uppigkeit sowohl by Tag als by Nacht entstanden, und wir aber jetziger Zeit mehr Ursachen haben, mit den armen Christen, so unsere Mitglieder, und vom Erbfeind, dem barbarischen Türken verfolgt und geplagt, auch mit denen, die nicht allein in Frankreich, Niederland, sunder auch in der Nähe von Weib und Kinder, Haus und Hof getrieben werden, zu weinen, als zu frohlocken und üppiglich zu springen, ist unser Will und Meinung, dass alle Tänz in Gemein, so wohl bei Hochzeiten, als sunsten abgeschafft werden ⁴⁷.»

Auch bei Berücksichtigung der barocken Übertreibungen erscheint das 17. Jahrhundert als gekennzeichnet durch die sittliche Verwilderung, durch die derbe, fast brutale Weise der Lebensäußerung und durch den weit verbreiteten Aberglauben. Dazu kommen die furchtbaren Wirren des 30jährigen Krieges mit ihren demoralisierenden Auswirkungen. Eine Richtung in der Geschichtschreibung nennt das 17. Jahrhundert geradezu das «saeculum obscurum», das finstere Zeitalter. Inmit-

ten dieses wilden Treibens hatte die christliche Obrigkeit einen schweren Stand.

Gegen die äußere und innere Bedrohung der christlichen Obrigkeit setzte sich die Geistlichkeit immer wieder zur Wehr. Mit aller Schärfe stellte sie die eingerissenen Unsitten an den Pranger und mahnte die christliche Obrigkeit an ihre göttliche Aufgabe. Ein Bericht der Basler Pfarrherren aus dem Jahre 1624 enthält eine ganze Aufzählung der in der Stadt passierten Skandale: «. . . wird man vernehmen, wie sich die alte Freyin samt ihrer Tochter in dem hinteren wirttembergischen Haus verhalte, wie ein frembder Gesell vor wenig Wochen, so im vorderen Hof gewohnt, morgens früh aus selbigem Haus gegangen, welcher mit Unwahrheit ausgeben (ausgesagt hat), als wär er bei einem Prediger über Nacht gewesen. Wie das einem loblichen Ehegericht bekannt, dass solche Freyin, als sie noch an der Weissen Gassen wohnete, und etliche verdächtige Leut zu ihr wandten, auch ihr eigene Tochter einem wohlgebornen Herren (der ungeacht seines hohen Stands zu ihr kommen, mit der Mutter und Tochter geessen, im Haus durch die Nacht geblieben) zu Ungebühr gottloser Wyse (Weise) prostituiert und nach ehelicher (rechtschaffener) Leuten Aus-sag ihrem eigenen Sohn unzüchtige Weibspersonen zuzuführen sich nit geschämet hat . . . Man wird vernehmen können, was ein Zeit lang für ein verdächtig Wesen draussen zum Ster-nen sei geführt worden, und was für böß Geschrei (Gerücht) aus dem Saurbrunnen sei gebracht worden. Man wird verneh-men, wie sich die üppige gottlose Sattlerin in Eschenner (Aeschen) Vorstadt bei dem Kriegswesen mit einem verruchten Soldaten, seithar aber mit Ehemännern und ledigs Stands Personen teils in ihrem Ausschweifen nach Augst und andere Ort, teils in der Stadt selbs verhalten habe; wie auch ermelte (gemeldete) Sattlerin durch Sibilla N., genennt die Brentin, Jacob Schencken Frau zum Ehebruch als durch ein Kupplerin sei verleitet und verführt worden; wie sie, Sattlerin, in Anna Wildin, N. Strauben seeligen, des Schuhmachers, Wittib (Witwe) Häuslin bei dem Escherner Turn bei einem Jüngling aus St. Albansvorstadt und andern sich befunden, und was für verruchte Wort gehört worden, was auch für andere Personen,

was für ein verschreite (übel beleumdete) Magd, die jetz zu Mühlhausen, was für Handwerksgesellen von ihre, Wildin, eingezogen worden. Man wird vernehmen, was sich in der Karwochen für ein grausamer Handel und Tumult wegen vermelter Sattlerin (dero böser Wandel draussen wie ein Krebs umb sich frisset, dass allbereit sich grosser Unglegenheiten in anderen Ehen zu besorgen) in Escheimer Vorstadt begeben, wie heftig auch durch selbigen etlich zum Rappen versendt Papisten seien geärgert worden. Man wird . . . vernehmen, mit was grosser Ärgernus ein frembder Student, so anderstwo Weib und Kind hat, in einer Wittib Haus wandle, ihre die Ehe verheissen, und wie solche, ob ihnen schon fürs Ehegericht geboten (obschon sie vor das Ehegericht geladen wurden), einander doch nicht müssig gehen (sich trennen). Man wird vernehmen, was für verdächtiges Von- und Zureiten in Hieronymi Meyers Haus von Papisten und jesuitischen Leuten vor diesem gewesen . . . Man wird vernehmen, was für Leut erst neulich furnehmer Leuten Kinder zusammen verkupplet und dodurch beiderseits Elteren auf das Höchst betrübt haben. Man wird vernehmen und hören, was für ein unverschampt Leben in der kleinen Stadt nicht allein die abgescheidne Saurackerin und ihresgleichen, sonder auch etlich andere schon längst verdächtige und verschreite Personen, dero doch etliche gar zu öffentlich bösen Exempel geben, verüben. Man wird hören, was Sonntags vor dem Palmtag für Leut bei dem neuen, ja alten verschreiten Haus gewesen, wie ein schöner Tanz zwischen den Predigten seie gehalten worden, da sich auch ermelte Saurackerin und eine andere, Osswaldin genannt, befunden haben.»

Die Obrigkeit erhält den Vorwurf, daß sie nicht mit ihrer Strafgewalt dem Übel Einhalt geboten habe: «Die Apostel mußten allein mit Kirchenstrafen verfahren, weil sie kein christliche, sonder heidnische Oberkeit hatten; aber wo christliche Oberkeiten sind, sollen sie nicht weniger als das Predigtamt mit Strafen das Ihrige tun.» Eindeutig bekennt sich hier die Geistlichkeit zur Idee von der christlichen Obrigkeit, die mit staatlichen Machtmitteln die göttlichen Gebote verwirklichen soll, und widerlegt den Einwand, daß die Lehre von

der christlichen Obrigkeit dem Evangelium widerspreche. Die Apostel verlangten nur deshalb nicht vom Staat, daß er mit seiner Gewalt den Geboten Gottes Nachachtung verschaffe, weil es in jener Zeit nur heidnische Obrigkeiten gab.

Nicht aus kleinlicher Mißgunst, sondern aus christlicher Verantwortung — so schließt der Bericht — hätte die Geistlichkeit ihre warnende Stimme erhoben: «Uns ist es, weiss Gott im Himmel, nicht darumb zu tun, dass jemand beschmitzt oder in Unglegenheiten gebracht werde; wollten auch gern schweigen, wann nicht Gottes vom Himmel geoffenbarter Zorn täglich redete, und zu besorgen wäre, dass zuletzt die Stein, Carthonen- (Geschütz-) Kuglen oder andere von Gott geschickte Plagen reden wurden^{48.}»

Gegen die innere und äußere Zersetzung der christlichen Obrigkeit kämpfte mit besonderem Eifer Antistes *Lukas Gernler* (1625—1675). Sein Ziel bildete nicht nur eine durchgreifende Reform der kirchlichen Lehre und Organisation, sondern auch die Umgestaltung des ganzen öffentlichen Lebens und die Festigung des Staatswesens als christliche Obrigkeit. Unter Gernlers Antistitium (1655—1675), im Zeitalter der Hochorthodoxie, erreichte das Bemühen um die Herrschaft der christlichen Obrigkeit einen eindrucklichen Höhepunkt.

2. Die Eheschließung unter der Herrschaft der christlichen Obrigkeit^{49.}

I.

Nach der Reformation sah sich die Stadt Basel vor die wichtige Aufgabe gestellt, die Neuordnung des Ehwesens in die Hand zu nehmen. Das persönliche Eherecht, d. h. alle Regeln über die Eheschließung und -scheidung, unterstand nämlich bis zur Reformation der kirchlichen Herrschaft. Die römische Kirche betrachtete die Ehe als Sakrament und folgerte daraus, daß das Eherecht nicht der staatlichen, sondern ihrer eigenen geistlichen Gerichtsbarkeit und ihrem eigenen Recht, dem kanonischen Recht, unterstellt sei. Diesen Standpunkt nimmt ja die katholische Kirche auch heute noch ein. So ur-

teilte vor der Reformation in Basel das bischöfliche Gericht, die *officialis curia*, in Ehesachen, bis im Jahre 1529 die Stadt im Zuge der kirchlichen Reformation die Ehegerichtsbarkeit übernahm. Das bedeutete aber nicht die Verweltlichung des Eherechts. Zwar galt nach reformierter Lehre die Ehe nicht mehr als Sakrament im streng dogmatischen Sinn, aber doch als ein heiliger, von Gott eingesetzter und gesegneter Stand. Dieser besonderen Natur des Eherechts trug das reformierte Gemeinwesen als christliche Obrigkeit Rechnung und errichtete ein besonderes Ehegericht, in dem neben fünf Ratsherren (drei aus dem Kleinen und zwei aus dem Großen Rat) auch zwei Pfarrherren saßen. Hiefür diente als Vorbild das Zürcher Ehegericht, das der Reformator Zwingli wenige Jahre vorher geschaffen hatte. Dieses gemischt weltlich-geistliche Ehegericht urteilte fortan in Ehesachen.

Mit einem wichtigen Problem hatte sich das Ehegericht dauernd zu befassen: Was brauchte es, damit eine gültige Ehe zustande kam? Wie heutzutage führte auch im 16. Jahrhundert der Weg zur Ehe über zwei Ereignisse: Verlobung und Trauung. Heute liegt das rechtliche Gewicht auf der Trauung. Die Ehe wird erst mit der Trauung vor dem Zivilstandsbeamten geschlossen. Wer nur verlobt ist, gilt noch als ledig. Anders war es zur Zeit der Reformation. Mit dem Eheversprechen, das auch Ehezusagung, Ehenehmung und seit Beginn des 17. Jahrhunderts auch Verlobung hieß, versprach sich das Paar, miteinander die Ehe einzugehen. Durch das Eheversprechen wurde aber das Brautpaar zugleich miteinander ehelich verbunden — darin liegt der Unterschied zwischen dem damaligen Eheversprechen und der heutigen Verlobung. Das Eheversprechen stellte zwischen Mann und Frau das eheliche Band her. «Brautleute sind vor Gott Eheleute», sagt darum das Sprichwort. Wer sich mit jemandem ehelich versprochen hatte, der konnte sich deshalb nicht mehr aus freien Stücken lossagen. Auflösung eines Eheversprechens bedeutete fast soviel wie die Ehescheidung.

So war mit dem Eheversprechen das Paar miteinander ehelich verbunden; aber die eheliche Gemeinschaft, das Zusammenleben von Mann und Frau und die damit verknüpften

rechtlichen Wirkungen begannen gewöhnlich erst nach einem weiteren Akt, nämlich nach Vollzug der *kirchlichen Trauung* und dem daran anschließenden Hochzeitsfest. Eine Trauung vor dem Zivilstandsbeamten gab es in jener Zeit natürlich nicht. Der «Kirchgang», wie die kirchliche Trauung damals genannt wurde, umfaßte bloß die Einsegnung der Eheleute durch den Pfarrer. Damit wurde durch den Kirchgang öffentlich bekräftigt, daß sich das betreffende Paar die Ehe versprochen hatte. Der Kirchgang bewirkte also nicht die Schließung der Ehe; denn die Ehe, jedenfalls das eheliche Band, wurde schon mit dem Eheversprechen geschlossen. Wenn zwei, die sich die Ehe versprochen hatten, miteinander ein Kind zeugten, so galt deshalb dieses Brautkind von Geburt an als ehelich, auch wenn seine Eltern die kirchliche Trauung erst später oder überhaupt nicht vollzogen. Die kirchliche Trauung bedeutete nur die Bestätigung und Bekräftigung des eingegangenen Eheversprechens; sie bezeugte, daß das Paar nicht im Konkubinat, sondern in der Ehe miteinander lebte. Der Jurist würde sagen: Der Kirchgang hatte für den Eheschluß nicht konstitutive, sondern nur deklaratorische Wirkung.

Wer zur kirchlichen Trauung schreiten wollte, der mußte sich am vorhergehenden Sonntag vom Pfarrer in der Kirche öffentlich verkünden lassen. Auf diese Weise erhielt jeder mann von der bevorstehenden Trauung Kenntnis und konnte allfällige Einsprachen, z. B. wegen eines zwischen den Brautleuten bestehenden Eehindernisses, gegen die Trauung erheben. So besorgte die Kirche bis ins 19. Jahrhundert hinein die Aufgabe des heutigen Zivilstandsamtes. Die Obrigkeit drang darauf, daß die Leute ihr eingegangenes Eheversprechen mit dem Kirchgang bestätigten; Säumige wurden mit dem Kirchenbann bedroht. Nach vollzogener Trauung bezogen die Eheleute ihren gemeinsamen Haushalt und lebten fortan in ehelicher Gemeinschaft. So verlangte es die Sitte, jedenfalls in den höheren Ständen. Nun kam es hie und da vor, vor allem in den niederen Volksschichten, daß sich ein Paar die Ehe versprach und den gemeinsamen Haushalt aufnahm, aber zum Kirchgang erst später oder überhaupt nicht schritt. Diese Leute lebten aber nicht im Konkubinat. Ihr Verhältnis galt als rechte

Ehe, die zwar nicht durch den Kirchgang, sondern durch die Tatsache des gemeinsamen Haushaltens bestätigt wurde und dieselben rechtlichen Wirkungen entfaltete wie eine kirchlich eingeseignete Ehe. Zum Beispiel begann die Ehevogtei, eine Art Vormundschaft des Ehemannes über die Ehefrau, nicht allein mit der Trauung, sondern schon mit dem Zeitpunkt, da das Paar zueinander zog.

Mit der kirchlichen Trauung verband sich das eigentliche *Hochzeitsfest*. In jener Zeit boten sich das Jahr hindurch nicht so zahlreiche Festlichkeiten wie heutzutage. Festliche Anlässe waren selten; um so größer war der Aufwand, der an solchen Festtagen getrieben wurde. Kein Wunder, daß Hochzeiten damals oft tagelang dauerten, daß mit Speise und Trank nicht gespart wurde, daß Tanz und andere Lustbarkeiten einander ablösten, daß man sich überhaupt der Festfreude in einer Weise hingab, die uns heute maßlos erscheint. Das mußte zwangsläufig das Mißfallen der christlichen Obrigkeit mit ihren hohen sittlichen Anforderungen erregen. Darum häuften sich im 17. Jahrhundert die obrigkeitlichen Mandate, welche die Hochzeitsfestlichkeiten in allen möglichen Belangen einzuschränken versuchten.

Besonderen Grund zum Einschreiten hatte die Obrigkeit natürlich dann, wenn sich das weltliche Hochzeitfest auf die kirchliche Trauung störend auswirkte. Es bestand der Brauch, daß sich die Hochzeitsgesellschaft bereits vor der Trauung zu einer Morgensuppe einfand und dabei auch einen Trunk genehmigte. 1660 verbot ein Mandat «die Morgensuppen, welche bis anhin viel Unrats nach sich gezogen, den Kirchgang verspätiget, etliche voll in die Kirchen gebracht» hätten⁵⁰. Immer wieder kam es vor, daß sich die Hochzeitsgesellschaft zu der gewöhnlich auf 9 Uhr morgens angesetzten Trauung verspätete. «Auf dass aber . . . die gesetzte Stund des Kirchganges desto eher befürderet werden möchte, so befehlen wir, dass alles weitläufige Gratulieren und die zu lange Reden und Gegenreden so viel möglich abgekürzt» werden (1630)⁵¹. An der Trauung hatten sämtliche Hochzeitsgäste teilzunehmen, auch die ledigen Burschen, die sich, wie es im selben Mandat aus dem Jahre 1630 heißt, «ärgerlicher Weise eingebildet, ob

wären sie nicht schuldig, sich beim Kirchgang einzustellen, mit und neben anderen Gottes Wort anzuhören, sondern etwan underdes anderer Enden sich aufgehalten, gezecht und folgens zum hochzeitlichen Imbissmahl gelaufen kommen, bisweilen gute Rausch mit sich gebracht und bald anfangs ohne einigen Respekt ein solches Getös und unflätiges Unwesen angericht, dass bald keiner sein eigen Wort vernehmen können⁵¹».

Auch über den weiteren Verlauf des Hochzeitsfestes wachte die Obrigkeit: «Zum sechsten wöllen wir auch, dass der Brütigam, die Brut und Hochzitlüt, wann sie den Kilchgang geton, bi guter Zit, das ist zu dem Imbiss umb die elf Uhren und zum Nachtmahl vor sieben Uhren sich zu den Mahlziten schicken und zum Tisch sitzen. Dass ouch sollichs in den Burgers oder Hindersässen Hüsern, Zünften, Gesellschaften, Herbergen, Wirt- oder Kochhüsern mit Darstellung der Spis und Trank nit uffgezogen, verlängert noch verhindert werde, damit man zu rechter Zit wieder von dem Tisch uffstön könne. Zu dem, dass sich niemand gegen Nachzit über die zehen Uhren weder uff Zünften, noch Gesellschaften mehr finden lass. Und soll kein Hochzit über zween Tag wähen, ouch alles ander Nachhölfen und Spazieren oder Uff-die-Dörfer-Fahren gänzlich und allerdings abgestriekt und verboten sein und bliben» (1576)⁵².

Spezielle Vorschriften wurden für das Hochzeitsmahl aufgestellt. 1690 z. B. verfügte die Obrigkeit: «... soll die Zahl der Tischen bei Hochzeiten könfftigs allein auf sechs oder höchstens acht Tisch restringiert (beschränkt), und dabei aller Ueberfluss an Speisen, besonders an kostbarem Geflügel abgeschnitten, hierumben mehr nicht als zweimal aufgetragen, auch auf einem einfachen Tisch nicht mehr dann ein einziger welscher Hahn, und so fort, auf einem zwei- oder dreifachen Tisch zween oder drei derselben serviert; sonsten aber aussert Kapaunen, gemeinen Hühneren, Dauben, Hahnen, Schnepfen und Lörchen (Taubenart) ganz kein ander, vielweniger fremdes Geflügel als Rebhühner, Wachteln, Krametsvögel, Fasanen und anders derglichen» aufgetragen werden⁵³. Ein Mandat von 1628 erlaubte sogar nur vier Tische zu je zwölf Perso-

nen. Zugleich bestimmte es bis in alle Einzelheiten, was der Speisezettel alles enthalten durfte:

Erster Gang

- «1. Kopf und Krees (Gedärme) oder einen gehackten Lummel (Ochsenfilet).
2. Suppen in zweien Blatten.
3. Zwei Hühner sampt Rind-, Kalb- und gerauchtem Fleisch in zweien Blatten.»

Zweiter Gang

«1 Blatten mit grossen und 2 Blättle kleiner Fischen.»

Dritter Gang

- «1. Zween Kalbs- und einem Spinnwider (junges, sog. Saugböcklein) oder Lambsbraten.
2. Tauben oder Hahnen in zweien Blättlen.
3. Ris oder Brautmus * in zweien Blättlen.
4. Quetschgen (Zwetschgen) oder Biren.»

Nachtisch

«Käs, Anken, Zigern **, Obs nach Gelegenheit der Zeit, Gofren (Waffeln) oder Hippen ⁵⁴.»

Bei allen obrigkeitlichen Einschränkungen erweckt dies doch den Eindruck eines recht üppigen Schmauses, gegenüber dem unsere heutigen Hochzeitsdiners fast ärmlich wirken!

II.

So nahm in jener Zeit das Heiraten, äußerlich betrachtet, einen ähnlichen Verlauf wie heutzutage. Aber der rechtlich entscheidende Schritt war nicht die Trauung, sondern das Eheversprechen. Auffallend ist, daß dieser rechtlich bedeutsame Schritt ohne jede Formalität unternommen werden konnte. Es genügte, daß sich Mann und Frau auf irgendeine Weise die Ehe versprachen. Dieses Versprechen konnte durch Worte geschehen; aber es konnte auch stillschweigend durch das Verhalten der Beteiligten zustande kommen. Üblicherweise ver-

* Brei aus feinem Mehl und Milch, dem Zucker und Safran beigegeben wird.

** Käseartiger, fester Bestandteil der geronnenen oder sauren Milch, vermischt mit Salz, Kümmel und Rahm.

sprach man sich die Ehe «mit ussgedruckten (ausdrücklichen) Worten und zusammeng'gebnen Händen ⁵⁵», mit Mund und Hand. Der eine Partner fragt den anderen: «Willt (willst) du mich zu der Ee nehmen, so sig mir's zu und schlag mir's dar!» Darauf sagt der andere ja und gibt ihm die Hand ⁵⁶. Es konnte auch feierlich gefragt werden: «Ist Euer Herz und Gemüt so gut zu mir als mines zu Euch, so bieten mir die Hand daruff, dass es ein Ee sig (sei) ⁵⁷.» An das Versprechen pflegte man beizufügen: «Nun well (wolle) Gott, dass es ein gute Stund sig (sei) ⁵⁸.»

Beim Eheversprechen pflegte der Bräutigam der Braut — seltener umgekehrt — ein Ehepfand, meistens ein Geldstück, vielleicht auch ein Schmuckstück, ein Tüchlein, einen Gürtel und ähnliches zu überreichen. Ein Mädchen sagte zu ihrem Burschen, nachdem er ihr die Ehe versprochen hatte: «Ich hab allweg gehört, wenn einer eine zu der Ee nimmt, so gibt er ihr Gelt druf, das sollt (sollst) du mir ouch tun.» Er fragte: «Was willt (willst) du mit dem Gelt tun?» Sie gab ihm zur Antwort: «Ich will ein Paar Schuh drum koufen und behalten, domit du mir der Worten nimme zrucken magest ⁵⁹.» Auf bloße Worte ist wenig Verlaß. Darum empfindet das Volk das Bedürfnis, beim wichtigen Schritt der Verlobung durch das sinnenfällige Geben und Nehmen eines Ehepfandes das getane Versprechen zu bekräftigen, damit der Verlobte «der worten nimme zrucken», d. h. das gegebene Wort nicht mehr zurücknehmen kann. Das Ehepfand sollte also dazu dienen, das Eheversprechen zu bekräftigen. Das häufig als Ehepfand verwendete Haftgeld hatte allerdings erst im Verlaufe der Entwicklung diese Bestimmung erhalten. Das Haftgeld führt nämlich zurück auf die Anfänge des germanischen Eherechts und stellt wohl einen letzten Überrest des «Kaufpreises» dar, den der Bräutigam ursprünglich dem Brautvater für den «Kauf» der Braut zahlen mußte *.

* Damit will nicht gesagt sein, daß der Bräutigam die Braut kaufte, wie man etwa ein Stück Vieh kauft. «Kaufehe» bedeutet, daß die Eheschließung von den Regeln des Kaufsrechtes beherrscht wird. Vgl. Paul Koschaker, Die Eheformen der Indogermanen, Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, Sonderheft zum 11. Jahrgang (1929) p. 77 ff.

Fingerringe dienten im 16. Jahrhundert noch selten als Ehepfänder, bei der Trauung hingegen pflegte der Bräutigam der Braut einen Ring zu überreichen. Im 17. Jahrhundert scheint sich der Ring immer mehr als Ehepfand eingebürgert zu haben. Jedenfalls erwähnte ihn ein obrigkeitliches Mandat aus dem Jahre 1697 ausdrücklich in dieser Eigenschaft. In ihrem Bestreben, allen übermäßigen Luxus aus dem christlichen Gemeinwesen zu verbannen, schritt die Obrigkeit nämlich dazu, genaue Vorschriften darüber zu erlassen, was sich das Brautpaar als Ehepfand oder Hochzeitsgeschenk verehren durfte: «. . . sollen künftigs dergleichen goldene Kettenen, darmit ein Hochzeiter seine Gespons beschenkt, im Gewicht mehr nicht dann 50 in (bis) 60 Cronen schwer halten, auch deren Schlösslein mit keinerlei Edelgestein, wie die immer Namen haben, versetzt und garnieret sein; desgleichen ein Ring, so ein Hochzeiter seiner Verlobten zum Ehepfand gibet, in Wert mehrers nicht dann 50 in 60 Reichstaler sich belaufen; derjenige aber, der ihro in der Kirchen bei der Einsegnung gegeben wird, den Wert von 12 in 15 Reichstalern nicht übersteigen; hiemit einer verlobten Hochzeiterin von ihrem Hochzeiter mehr nicht dann zween Ring vorgemeldten Werts und darüber nicht gegeben; die Armband aber und andere hier unbenambste Köstlichkeiten gänzlich abgeschnitten (untersagt) sein⁶⁰.»

Auf die ausgetauschten Ehepfänder legte das Volk oft größeres Gewicht als auf die gesprochenen Worte: Einer berichtete vor dem Ehegericht, wie er seiner Geliebten «ein Seckel gkrombt (gekauft) und zu ihr gredt hätt: ‚Nimmst du den Krom, so musst du mich ouch haben‘, mit Begehren, sie sollt ihm die Ee zusagen; aber sie hätt ihm Spetzwortlin (Spottworte) geben und weder jo noch nein reden wellen. Dwil's (weil es) aber den Seckel gnommen und ihm in ehlichen Werken gehorsamet» (mit ihm den Beischlaf vollzogen habe), verlange er, daß ihm das Mädchen als Ehefrau zugesprochen werde⁶¹.

Bei der Eheschließung spielten die beidseitigen Verwandten eine recht erhebliche Rolle. Das erklärt sich aus der wichtigen Stellung, die in jener Zeit der Familie noch zukam. Zum Heiraten brauchten die Kinder die Einwilligung ihrer Eltern. Diese

konnten zwar ihre volljährigen Kinder — die Söhne erreichten die Volljährigkeit mit 20 Jahren, die Töchter mit 18 — nicht daran hindern, sich zu verhehlen; aber sie durften sie wegen ihres Ungehorsams enterben⁶². Häufig nahmen die Eltern die Wahl eines geeigneten Ehepartners für ihre Kinder in die Hand. Aber sie durften ihre Kinder nicht gegen deren Willen verkuppeln⁶³. So kam manche Heirat auf dem Weg eines «Handels» zwischen den Vätern der beiden Ehepartner zustande; dabei gelangten natürlich auch die finanziellen Seiten der Heirat reichlich zur Sprache. Von einem solchen «Handel» wird uns 1570 aus dem Baselbiet berichtet: Ein gewisser Rummen Juncker habe dem Meister Hans Abler «sin Sohn Ulin verdingt, und uff ein mal hab es sich begeben, dass er, Rummen, in Willens gsin, ein Ross ze koufen zu Binningen den Niederlenderen ab, und ihn Meister Hansen gebeten, er solle mit ihm hinaus gon, den Kouf helfen machen; das dann beschehen, den Kouf mit dem Winkouf bestätigt^{*}, also dass jede Partei 8 Rappen verzehrt, und keiner druncken gsin. Im Wiederheimkehren nun, do hab er, Rummen, zu ihm, Meister Hansen, gsagt: ‚Wie wär ihm, ich hab ein Sohn, und Ihr ein Tochter, wenn wir ein Ee darus kennten machen?‘ Daruf er, Meister Hans, geantwortet, es werde sich nit schicken, dann er, Rummen, sig ein richer Mann, und er aber ein armer Gsell, zu dem kenne (könne) er siner Tochter nit mehr geben dann 10 Pfund und ein ussbereite (ausgerüstete) Bettstatt. Als sie heimkommen in Meister Hans Ablers Hus, hab er, Rummen, wieder an ihn gejochet (dringend aufgefordert) wie vor; daruf Meister Hans gsagt, es sig niemand zugegen, er welle ein Nachburen (Nachbarn) darzu holen. Dessen er, Rummen, wohl zufrieden gsin. Als nun derselb Nachbar sige kommen, und aller Handel, wie hievor gemeldet, ihm anzeigt worden, do habint (hätten) sie beid in Bisin (Anwesenheit) des Nach-

* Beim Abschluß von Kaufverträgen, beim Dingen von Dienstboten und bei anderen Rechtsgeschäften pfligten die Beteiligten zur Bekräftigung des Geschäftes den sogenannten Weinkauf, d. h. miteinander Wein zu trinken. Vgl. Franz Beyerle, Weinkauf und Gottespfennig an Hand westdeutscher Quellen, Festschrift Alfred Schultze, Weimar 1934.

buren einandren die Händ dargschlagen. Nachmolen sige er, Rummen, kommen und gsagt, er kenne sin Sohn nit zwingen, sover und (sofern) er auch Willen darin geb, so sig es ein ussmachter Handel ⁶⁴».

III.

Schon das vorreformatorische Eherecht hatte an dem Übel gelitten, daß der rechtlich so wichtige Schritt des Eheversprechens, das ja schon das eheliche Band herstellte, ohne jede Formalität gültig vollzogen werden konnte. So wurden die Ehen oft unter vier Augen beim traulichen Beisammensein, vielleicht in feuchtfrohlicher Stimmung versprochen. Wenn dann tags darauf einen Partner der unbesonnene Schritt reute, so leugnete er einfach das Eheversprechen ab, und der andere mußte ihn vor Gericht ziehen und ihn «um die Ehe ansprechen», d. h. auf Feststellung klagen, daß sich die beiden die Ehe versprochen hätten. Es kam auch vor, daß der eine den anderen zur Ehe haben mochte, aber beim anderen keine Zuneigung fand, so daß er schließlich vor Gericht unwahrerweise behauptete, die beiden hätten sich die Ehe versprochen. Kein Wunder, daß die Akten des Ehegerichts voll solcher Prozesse um streitige Eheversprechen sind.

Für den Beweis, daß ein Eheversprechen wirklich zustande gekommen sei, berief man sich immer wieder auf die angeblich überreichten Ehepfänder. So tat es z. B. eine Anna Huserin, die den Isaac Stadler mit dieser Begründung vor Gericht um die Ehe ansprach: «Demnach und sie vor dryen (drei) Jahren zu Bern gedient, sige (sei) er zu ihren in ihres Meisters Hus kommen, sie angriffen; und als sie zu ihm gseit: ‚Was tribst du dich?‘, habe er geantwort: ‚Worumb wehrst du dich? Du bist doch min‘, darüber (darauf) sie ihn befragt: ‚Jo, wie lang?‘, habe er geantwort: ‚Min Leben lang.‘ Nochmalen habe er an sie begehrt (sie darum gebeten), dass sie ihm ein Hütlin kromen (kaufen) wellte. Das habe sie geton. Als es ihm aber nit gefallen, habe sie ihm ein anders umb ein Kronen kouft, das habe er behalten. Desglichen habe er ihren sieben Batzen abgefordert; die habe sie ihm ouch geben. Und nochdem sie har gon Basel zogen, sige er ein Johr darnach ouch kommen

und zum ersten ein dicken Pfennig von ihnen begehrt, den sie ihm geben . . . Und noch demselben habe sie ihm ein Hembd geben, das koste sie achtzechenthalb (17½) Schilling. Glicher Gestalt habe er uf Wiehnachten nächstverschieenen von ihnen sechs Schilling begehrt und ihnen verheissen, er wellte ihnen ein Fell zu einem Paar Stiefel koufen, und noch dem von ihnen aber ein Hembd begehrt, das sie ihm geben und sie ein Taler koste. Noch Söllichem habe er ihnen dry dick Pfennig zugmutet (verlangt), do habe sie ihm ein Kronen geben, und nachmalen zwei Fatzenetli (Taschentuch), die sie ein dicken Pfennig kosten ⁶⁵.»

Aber auch die Ehepfänder vermochten nur selten aufzudecken, was zwischen den Parteien eigentlich verhandelt worden war. Als Ehepfand wurde ja meistens das Haftgeld verwendet. Nun kam es ja natürlich im täglichen Leben oft vor, daß man sich Geldstücke gab, sei es um etwas zu zahlen, sei es als Geschenk oder aus irgendeinem anderen Grund. Wenn der eine vorbrachte, man habe sich die Ehe versprochen und ein Haftgeld ausgetauscht, so konnte der andere entgegnen, er wisse nichts von einem Eheversprechen; er habe zwar Geld gegeben oder erhalten, aber nicht als Ehepfand. Als Hans Stucki die Berbelin Schmidt vor Gericht um die Ehe ansprach und behauptete, er habe ihr als Geldstücke zwei Doppelvierer auf die Ehe gegeben, entgegnete Berbelin Schmidt, sie habe «die zween Doppelvierer fur ein eelichs Haftgelt nit gnommen, sonder allein domit die Urten (Wirtshauszeche) ze bezahlen ⁶⁶». Hans Wernher Regennaß bestritt ebenfalls, der Elsbeth Brücklerin einen Pfennig auf die Ehe gegeben zu haben, und erklärte, «dass er ihnen den dicken Pfennig zum guten Jahr (also als Neujahrsbatzen) und nit uff die Ee geben habe ⁶⁷».

Es kam auch vor, daß sich ein Heiratslustiger mit List oder Gewalt von der Person, die er zur Ehe zu haben wünschte, ein Ehepfand zu verschaffen suchte oder ihr ein solches Ehepfand aufzwang. Auf diesem Weg glaubte er ein Beweismittel zu erhalten, um die betreffende Person vor Gericht um die Ehe anzusprechen zu können. Andres Lippi bestritt aus diesem Grund sein angebliches Eheversprechen mit Anna Felber; denn sie hätte ihm «Gold und Gelt in Busen ohne sinen Willen gescho-

ben ⁶⁸». Auch Heiny Fry erklärte, daß er der Appolonia Burgin keine Ehe versprochen hätte, er hätte nur «Schimpfred (Spaß) mit ihnen getrieben; im selben (dabei) wäre der Säckel, den er am Hals ghept, zum Brusttuch haruss gehangen, den hätt's in ihr Hand gnommen und also bi ihnen behalten; aber am dritten Tag, als er denselben wieder gfordert, hätt's ihm den nit wellen geben ⁶⁹». Es sei nicht wahr, erklärte ein anderer, daß er einem Mädchen einen Säckel mit acht Gulden auf die Ehe gegeben habe, «sonder als sie ihm den Seckel ab dem Hals wellen rissen, habe er den Seckel under's Bett geworfen ⁷⁰». Dabei mag auch die im Volke herrschende Vorstellung mitspielen, daß die äußerlich sichtbare Form stärker sei als der dahinter stehende Wille. Wer ein Ehepfand gibt oder empfängt, der bringt damit zum Ausdruck, daß er die Ehe verspricht; er soll durch sein Handeln gebunden sein, auch wenn es gar nicht seinem Willen entspricht. Wer also den anderen zwingt, in bestimmter Form zu handeln, der glaubt, gleich einem Zauberer über dessen Willen zu herrschen.

Auch Spaß wurde mit Ehepfändern getrieben. Eine Bauers- tochter behauptete allen Ernstes vor Gericht, Jacob Fleyte hätte ihr die Ehe zugesagt; denn als «bemelter Jacob Fleyte bi ihrem Vater ein Zit lang gedient, und sie uff ein Zit Buw (Gülle, Jauche) oder Mist im Feld getragen, und Jacob ihren den Mist uffgladen, habe ein Knab, so darbi gsin, zu Jacoben gseit, er sollte ihnen das Körblin mit Mist uff die Ee geben; darzu habe er gsgt: ‚Jo.‘ Und als sie wieder ab dem Acker kommen und zu ihme gsgt: ‚Du mußt mich nun han (haben)‘, doruff habe er gredt: ‚Jo, wenn ich dich schon han muss...‘ ⁷¹».

So brachte der Umstand, daß Eheversprechen ohne Beobachtung irgendeiner Form gültig zustande kommen konnten, viel Kummer und Ärgernis mit sich. Diesem Übel versuchte das protestantische Eherecht durch die Vorschrift zu begegnen, wonach das Eheversprechen vor zwei Zeugen stattzufinden hatte. Die im Geheimen eingegangenen Versprechen, die sogenannten «Winklehen», blieben zwar gültig; wenn aber eine Partei ein solches heimliches Versprechen leugnen sollte — so bestimmte es das Gesetz —, so soll dieses Versprechen nichts gelten. Das Ehegericht hielt sich aber keineswegs an diese Vor-

schrift und erklärte auch Eheversprechen für gültig, die nicht vor zwei Zeugen eingegangen wurden. Anscheinend war die Tragweite dieser Vorschrift den Eherichtern nicht durchwegs klar. In einer 1592 von den im Ehegericht sitzenden Pfarrherren aufgestellten Liste mit den zu revidierenden Punkten der Ehegerichtsordnung heißt es: «Do gesetzt wirt, wie die Ehe solle bezogen werden, ob dies genugsam, oder ob nit notwendig, dass es besser erläutert werde? Und wie das von Kuntschaften (Zeugen) geredt, solle verstanden werden, ob mit diesen Worten allein die gmeint, die do der Versprechung beigewohnt, oder auch andere, die von der Versprechung gehört? ⁷²» Jedenfalls hatte das Gericht im Jahr 1550 ein heimliches Eheversprechen als gültig erklärt, obwohl es vom Manne geleugnet wurde; aber aus den Zeugenaussagen ging hervor, daß der Mann «vielfaltig vor biderben (rechtschaffenen) Lüten bekanntlich gsin, dass sie sin Eefrow vor Gott und der Welt sige ⁷³».

Die Vorschrift, wonach heimliche Eheversprechen nichts gelten sollten, wenn sie von einem Teil geleugnet würden, bezog sich jedoch nicht auf den Fall, wo es zwischen den Verlobten zum Beischlaf gekommen war. Die Ehegerichtsordnung von 1717 sagt ausdrücklich, derartige heimliche Eheversprechen seien für gültig zu erklären, auch wenn sie von einem Beteiligten geleugnet würden; es genüge, wenn sonstwie bewiesen werde, daß ein Versprechen wirklich zustande gekommen sei.

IV.

Daß die Verlobten vor Aufnahme der häuslichen Gemeinschaft — nach der Sitte geschah diese nach der kirchlichen Trauung — miteinander geschlechtlich verkehrten, war bis ins 17. Jahrhundert hinein jedenfalls in den unteren Volksschichten durchaus üblich und galt keineswegs als unanständig. Wir brauchen uns nur vor Augen zu halten, daß ja mit dem Eheversprechen bereits das eheliche Band hergestellt war, und sich die Verlobten «Eheleute» nannten; sie lebten einzig noch nicht in häuslicher Gemeinschaft. Wenn sich das Ehegericht mit Fällen von angeblicher Hurerei befaßte, so mußten die beiden

Angeschuldigten jeweils Red und Antwort stehen, ob der Beischlaf «zu Ehren oder zu Unehren» geschehen sei. War er «zu Ehren» geschehen, so hieß das: Die beiden waren miteinander ehelich versprochen, hatten also das gute Recht, einander beizuwohnen, und blieben — jedenfalls im 16. Jahrhundert — straflos.

Ja, der Geschlechtsverkehr bildete oft die eigentliche Ursache für das Zustandekommen eines Eheversprechens. Wenn der Mann von seiner Geliebten verlangte, sie möge ihm «in fleischlichen Werken» willfahren, so verlangte sie zuerst von ihm, daß er ihr die Ehe versprach. Wie das zuing, zeigt der folgende Bericht einer Bauersmagd aus dem Jahre 1566. Er gibt zugleich einen recht farbigen Einblick in die damaligen Lebensverhältnisse auf dem Lande. Ein gewisser Hans Rorer hatte schon mehrmals dieser Dienstmagd seine Zuneigung zu verstehen gegeben. Nun wäre er — so berichtete die Magd — «abermolen für (vor) ihres Meisters Hus kommen, als ihr Meister ein Knecht dinget; do haben ihres Meisters Sun ihn heissen inhin kommen, den Winkouff helfen trinken *; sige er also inhin kommen, do geessen und trunken. Und noch dem Essen sige er mit dem Tröscher (Drescher) und ihres Meisters Sohn, alle dri, an (in) ein Bett schlofen gangen. Und wie sie (d. h. die Magd) dieselb Nacht bi der Jungfrowen glegen, do sige Hans Rorer in ihr Kammern für das Bett kommen; imselben sige die ein Jungfrow von ihren uss dem Bett uffgstanden, zu der Mutter an ihr Bett, so ouch in der Kammern glegen, schlafen gangen. Uff das, als er sich zu ihren (d. h. zur Magd) ans (in das) Bett wellen legen, habe sie gseit, wenn er sie nit zu Ehren haben welle, so solle er hinweg gon. Darüber er geantwort, es müsse zu allen Ehren sin. Also sige sie ihm zewillen worden. Im sollichen sige die Mutter uffgstanden, zornig gsin, und habe vermeint (geglaubt), es wäre Jacob, ihres Meisters Sohn. Er habe aber geschwiegen und sige bi ihren bis gegen Tag am Bett plieben⁷⁴.»

Erst im 17. Jahrhundert beginnt die Obrigkeit den Beischlaf unter Verlobten zu mißbilligen. Soviel wir sehen, verpönte zum erstmal die große Reformationsordnung von 1634

* Vgl. die Anmerkung auf Seite 46.

den «frühzeitigen Beischlaf» in folgenden echt barocken Wendungen: «Und dieweil auch bis anhin die tägliche Erfahrung (leider) gnugsam mit sich gebracht, wie besonders bei Beziehung der heil. Ehe allerhand Ungebür vorgeloffen, indem namlichen diejenigen Personen, so sich miteinander ehelichen versprochen, unbesonnener Weise, alle Zucht und Ehrbarkeit beiseits setzende, vor ihrem Kirchgang sich miteinander fleischlich vermischen, dardurch den heiligen Ehestand heftig beflecken, die Kanzlen mit unwahrhafter dero Titulierung und Auskündung versudlen * , ja Gott, den Allmächtigen, vor dessen Angesicht sie kommen und erscheinen, entunehren dürfen . . .⁷⁵.» Wenn sich die Braut den frühzeitigen Beischlaf zuschulden kommen ließ, so durfte sie bei der Trauung keinen Kranz oder andere Zierden tragen. Durch diese Vorschrift versuchte die Obrigkeit ganz bewußt, dem frühzeitigen Beischlaf einen ehrenrührigen Anstrich zu geben.

Aber im Volk erhielt sich noch lange die Auffassung, daß der frühzeitige Beischlaf nichts Unziemliches sei. Sogar vor Ehegericht wurden noch im Jahre 1644 zwei Personen, die sich «fleischlichen vermischt» hatten, befragt, «ob es zu Ehren oder Unehren beschehen⁷⁶». Das Gericht hielt also den Geschlechtsverkehr zwischen Verlobten immer noch für eine Sache, die «zu Ehren» geschehen war! Wenn auch die Obrigkeit den frühzeitigen Beischlaf verpönte, so bestrafte sie ihn bei weitem nicht so streng wie die gewöhnliche Hurerei zwischen Ledigen. Diese zog 10 Pfund Buße, 8 Tage Turm und Entzug aller Ehrenämter während eines Jahres nach sich; frühzeitiger Beischlaf wurde hingegen nur mit einer Buße von 1 Mark Silber bestraft.

Worin liegt der Grund dafür, daß seit dem 17. Jahrhundert der frühzeitige Beischlaf verpönt wurde? Zum Einen läßt sich diese Neuerung wohl auf die verschärfte Sittenzucht zurückführen, wie sie sich seit dem Ende des 16. Jahrhunderts in der calvinistisch-orthodoxen Obrigkeit immer stärker bemerkbar machte. Zum anderen zeigt sich hier der Anfang einer

* Wer zur kirchlichen Trauung schreiten wollte, mußte sich bekanntlich am Sonntag vorher von der Kanzel öffentlich verkünden lassen.

Entwicklung, die das rechtliche Schwergewicht von der Verlobung auf die Trauung verlegte. Vor allem die Kirche hatte natürlich großes Interesse, den Kirchgang als wichtigsten Moment der Eheschließung hinzustellen. Solange dem Kirchgang bloß die Bedeutung zukam, das Eheversprechen zu bestätigen, so lange konnte im Geschlechtsverkehr zwischen Verlobten nichts Unanständiges erblickt werden. Daß nun der frühzeitige Beischlaf für strafbar erklärt wurde, läßt sich aus einer neuen Auffassung erklären, wonach erst die kirchliche Trauung die eigentliche Eheschließung bewirkte.

Das Eheversprechen blieb aber noch ein Akt von erheblicher rechtlicher Tragweite. Wer sich verlobt hatte, der konnte mit rechtlichen Mitteln den Vollzug der kirchlichen Trauung erzwingen. Eigenmächtige Auflösung eines Eheversprechens blieb verboten. Wer das Verlöbniß wieder auflösen wollte, der mußte vor Gericht gehen. Dieses verfügte die Auflösung der Verlobung nur bei Vorliegen bestimmter Gründe. Während aber im 16. Jahrhundert sich die Auflösung des Eheversprechens praktisch gleich schwierig gestaltete wie die eigentliche Ehescheidung — begreiflicherweise, denn die Ehe war ja weitgehend schon durch das Eheversprechen geschlossen —, so wurde nun die Auflösung des Verlöbnisses gegenüber der Ehescheidung erleichtert. Wo aber kein genügender Grund zur Verlöbisauflösung vorlag, und die Verlobte bereits geschwängert war, da wurde zwangsweise zur kirchlichen Trauung geschritten. Und wenn sich der Verlobte dieser Zwangsmaßnahme durch Flucht zu entziehen suchte, so verfügte das Ehegericht kurzerhand, daß zwischen den Betreffenden eine Ehe bestünde ⁷⁷.

So konnte noch im 18. Jahrhundert ohne kirchliche Trauung eine gültige Ehe zustande kommen. Dies bildete aber die Ausnahme, und auch sie verschwand in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Das Gericht verfügte nun nicht mehr, daß der halbstarrige geflüchtete Verlobte mit dem verlassenen geschwängerten Partner verehlicht sein soll; sondern begnügte sich damit, allfällige Kinder, welche die Verlobten miteinander gezeugt hatten, als «ehlich, ehrlich und erblich» zu erklären ⁷⁸. Zwischen den Verlobten wurde keine Ehe mehr verfügt;

aber ihre Kinder erhielten eine ähnliche Stellung wie eheliche, d. h. in einer gültigen Ehe geborene Kinder.

So sehen wir, wie sich der rechtliche Schwerpunkt Schritt für Schritt vom Eheversprechen auf die kirchliche Trauung verlagert, und wie das Eheversprechen seine eheschließende Wirkung immer mehr verliert. Wer eine gültige Ehe schließen wollte, der mußte seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ausnahmslos den Weg der kirchlichen Trauung beschreiten.

Anmerkungen

- BRA = Aktensammlung zur Geschichte der Basler Reformation, herausgegeben von Emil Dürr und Paul Roth, Basel 1921 ff.
EGP = Ehegerichtsprotokoll, Staatsarchiv Basel, Gerichtsarchiv.
M. = Mandata, Staatsarchiv Basel, Bibliothek Bf 1.
Rq = Rechtsquellen von Basel I, herausgegeben von Johannes Schnell, Basel 1856.
St.A. = Staatsarchiv Basel.

¹ BRA VI Nr. 400, *Von der oberkeit*. — ² Gutachten betr. die Sache des Stoffel Hagenbach, 1545, St.A. Straf und Polizei A A 21. — ³ BRA II Nr. 473, *Wie die Lastener verboten und die Übertreter derselbigen gestraft werden sollen*. — ⁴ 1498, M. X Nr. 1 a. — ⁵ Adrian Staehelin, Die Einführung der Ehescheidung in Basel zur Zeit der Reformation, Basel 1957, pp. 14, 31 f. — ⁶ Mandat vom 27. Mai 1534, St.A. Straf und Polizei F 1. — ⁷ Peter Ochs, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel V, p. 733. — ⁸ Über das Bordellwesen im vorreformatorischen Basel vgl. Rudolf Wackernagel, Geschichte der Stadt Basel II², p. 922. — ⁹ Mandat vom 22. August 1532, BRA VI Nr. 156. — ¹⁰ Max Geiger, Die Basler Kirche im Zeitalter der Hochorthodoxie, Zollikon-Zürich 1952, p. 15. — ¹¹ 8. Mai 1532, BRA VI Nr. 101. — ¹² 22. Dezember 1532, BRA VI Nr. 222. — ¹³ *Ernstliche Erinnerungsschrift*, 26. September 1539, St.A. Straf und Polizei F 1. — ¹⁴ *Consilium de abrogando lupanari*, 1. Oktober 1532, BRA VI Nr. 170. — ¹⁵ Mandat vom 11. Dezember 1533, BRA VI Nr. 374. — ¹⁶ Mandat vom 9. August 1546, St.A. Ratsbücher B 6. — ¹⁷ Liber Synodorum, St.A. Kirchen C 3. — ¹⁸ O. K. Gauss, L. Freyvogel, O. Gass, K. Weber, Geschichte der Landschaft Basel und des Kantons Basellandschaft I, Liestal 1932, p. 805. — ¹⁹ *Consilium de abrogando lupanari*, 1. Oktober 1532, BRA VI Nr. 170. — ²⁰ Mandat vom 22. August 1532, BRA VI Nr. 156. — ²¹ 12. Mai 1533, BRA VI Nr. 273. — ²² Mandat vom 2. August 1533, BRA VI Nr. 309. — ²³ Liber Synodorum, St.A. Kirchen C 3. — ²⁴ Schweizerisches Idiotikon VII Sp. 1192. — ²⁵ Liber Synodorum, St.A. Kirchen C 3. — ²⁶ Liber Synodorum, St.A. Kirchen C 3. — ²⁷ Walther Köhler, Zürcher Ehegericht und Genfer Consistorium I, Leipzig 1932, p. 304 f. — ²⁸ Michel de Montaigne, Journal de Voyage, Hachette et Cie., Paris 1909, p. 79. — ²⁹ Max Geiger l. c. p. 37 f. — ³⁰ Vgl. z. B. Paul Burckhardt, Geschichte der Stadt Basel, Basel 1942, p. 75 (Einundneunzigerwesen). — ³¹ Paul Wernle, Das Verhältnis der schweizerischen zur deutschen Reformation, Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde XVII, p. 311 f. — ³² Mandat vom 13. Oktober 1565, St.A. Decreta et Mandata I, 180 r. — ³³ Mandat vom 12. Februar 1592, St.A. Decreta et Mandata I, 241 r. — ³⁴ Mandat vom 9. Dezember 1592, St.A. Decreta et Mandata I, 247 r. — ³⁵ Liber Synodorum, St.A. Kirchen C 3. — ³⁶ Mandat vom 26. Mai 1561, St.A.

Decreta et Mandata I, 172 v. — ³⁷ EGP i. S. Hans Heyer, 25. Nov. 1606, U 8. — ³⁸ Reformationsordnung vom 26. April 1637, Ziff. 3, Rq Nr. 350. — ³⁹ EGP i. S. Verena Treyerin u. Hans Hersperger, U 29. — ⁴⁰ *Notae et observationes*, 14. Juni 1592, Universitätsbibliothek Basel, Mscr. C VIb 44. — ⁴¹ Reformationsordnung vom 26. April 1637, Ziff. 3, Rq Nr. 350. — ⁴² Max Geiger l. c. p. 24. — ⁴³ Reformationsordnung vom 26. April 1637, Ziff. 9, Rq Nr. 350. — ⁴⁴ Mandat vom 18. Dezember 1619, M. XI II Nr. 53. — ⁴⁵ Mandat vom 15. November 1634, M. II Nr. 156. — ⁴⁶ Reformationsordnung vom 26. April 1637, Ziff. 3 u. 6, Rq Nr. 350. — ⁴⁷ Mandat vom 9. Dezember 1592, M. I VI Nr. 12. — ⁴⁸ 2. April 1624, St.A. Kirchenarchiv A 20 Nr. 111. — ⁴⁹ Zum Folgenden vgl. Adrian Staehelin, Die Einführung der Ehescheidung in Basel zur Zeit der Reformation, Basel 1957 und die dort angeführte Literatur. — ⁵⁰ Mandat vom 20. Februar 1660, M. XI III Nr. 26. — ⁵¹ Mandat vom 23. Oktober 1630, M. XI II Nr. 131. — ⁵² Mandat vom 6. Februar 1576, M. XI I Nr. 39. — ⁵³ Mandat vom 19. November 1690, M. XI III Nr. 104. — ⁵⁴ Mandat vom 23. Februar 1628, M. XI II Nr. 124. — ⁵⁵ EGP i. S. Anna Rychlin c. Ulin Rymlin, 18. Januar 1536, Ue 1, 120 r. — ⁵⁶ EGP i. S. Peter Spindler c. Anna Schudin, 29. März 1530, Ue 1, 12 v. — ⁵⁷ EGP i. S. Martha Holzgartin c. Jonas Offenburg, 17. Mai 1565, U 5. — ⁵⁸ EGP i. S. Anna Rychlin c. Ulin Rymlin, 18. Januar 1536, Ue 1, 120 r. — ⁵⁹ EGP i. S. Peter Spindler c. Anna Schudin, 29. März 1530, Ue 1, 12 v. — ⁶⁰ Mandat vom 13. Februar 1697, M. XI III Nr. 123. — ⁶¹ EGP i. S. Laurentz Fricker c. Elsin Stingelin, 25. Juni 1538, Ue 1, 152 r. — ⁶² Ehegerichtsordnung 1533 (Rq Nr. 255) Ziff. 13 Abs. 2; Ehegerichtsordnung 1717 (Rq Nr. 459) Art. II, Ziff. 8. — ⁶³ Ehegerichtsordnung 1717 Art. III, Ziff. 11, Rq Nr. 459. — ⁶⁴ EGP i. S. Hans Abler c. Rummen Juncker, 4. April 1570, U 6. — ⁶⁵ EGP i. S. Anna Huserin c. Isaac Stadler, 25. August 1563, U 5. — ⁶⁶ EGP i. S. Hans Stucki c. Berbelin Schmidt, 2. August 1547, U 5, 62 v. — ⁶⁷ EGP i. S. Elsbeth Brücklerin c. Hans Wernher Regennaß, 26. Juli 1559, U 5, 184 r. — ⁶⁸ EGP i. S. Anna Felber c. Andres Lippi, 23. November 1546, U 5, 53 r. — ⁶⁹ EGP i. S. Appolonia Burgin c. Heini Fry, 30. Nov. 1546, U 5, 53 v. — ⁷⁰ EGP i. S. Elsbeth Roboltin c. Batt Roub, 19. Oktober 1557, U 5, 163 r. — ⁷¹ EGP i. S. Gertrudt Riet c. Jacob Fleyte, 25. März 1550, U 5, 88 v. — ⁷² *Notae et observationes*, 14. Juni 1592, Universitätsbibliothek Basel Mscr. C VIb 44. — ⁷³ EGP i. S. Margreth Teck c. Dietrich Hugwaldt, 4. Februar 1550, U 5, 86 v. — ⁷⁴ EGP i. S. Catherin Dietickerin c. Hans Rorer, 2. April 1566, U 5. — ⁷⁵ Reformationsordnung vom 26. April 1637, Ziff. 3, Rq Nr. 350. — ⁷⁶ EGP i. S. Ulrich Senn c. Anna Wegnerin, 7. November 1644, U 29. — ⁷⁷ Ehegerichtsordnung 1717, Art. IX Ziff. 34, Rq Nr. 459. — ⁷⁸ Rq Nr. 459 N. 21.